ken, die sie begleiten, nicht nur in der Startphase, sondern auch in der Wachstumsphase und auch in kritischen Phasen, wie Frau Lotzmann richtig bemerkte.

Die Hausbanken sind unverzichtbar. Kritische Fragen zum Unternehmenskonzept, zur Umsatz- und Ertragserwartung sind nicht immer angenehm. Kreditablehnungen sind oft schwer zu akzeptieren. Das führt zu der Forderung, die Förderkreditentscheidung nicht länger bei den Hausbanken zu belassen, sondern auf eine „neutrale“ Institution zu verlagern. Dieser Vorschlag ist mehrfach, auch mit veränderten Prämissen, geprüft worden. Jedesmal hat sich aber gezeigt, daß der Durchleitungsweg für Förderkredite über Hausbanken zwar Schwächen hat, es jedoch keine realistische Alternative dazu gibt.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herzlichen Dank, Herr Pöpping, auch für Ihre Disziplin bei der Einhaltung der Zeit.

Ich darf jetzt Herrn Oehler vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg bitten, das Wort zu nehmen.

MDg Reinhardt Oehler: Es ist sehr schön, wenn ein Wirtschaftsministerium auch die Bezeichnung Mittelstand in seinem Namen führt. Das sollte ja immer ein Signal sein. Allerdings wird man sich dann auch die Frage stellen müssen, ob denn die übrigen Bezeichnungen eigentlich noch gerechtfertigt sind, denn in Brandenburg haben wir vielleicht noch ein Dutzend Unternehmen, die mehr als 500 Beschäftigte haben, also oberhalb der Grenze liegen, die die EU für den Mittelstand vorschreibt. Im Grunde sind alle eigentlich mittelständische Unternehmen.

Zweite Bemerkung: Ich habe glücklicherweise zu dem, was Dr. Wagner und Herr Pöpping vorgetragen haben, relativ wenig hinzuzufügen. Die Analyse der Situation deckt sich im Grunde auch mit einer Analyse aus brandenburgischer Sicht oder aus der Sicht eines Landeswirtschaftsministeriums.

Ich will einige Bemerkungen noch kurz unterstreichen. Es scheint auch mir wichtig zu sein, was Dr. Wagner gesagt hat, daß wir vielleicht von dem unbedingten Glauben an die absolute Wichtigkeit von Investitionsförderung ein wenig Abstand nehmen sollten. Die Bestandspflege und die Erhaltung der Unternehmen, die bislang überlebt haben, scheint mir sehr wichtig zu sein. Da ist das Instrument zur Investitionsförderung, nämlich die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA), vielleicht nicht unbedingt das wichtigste Instrument.

Wir haben leider in Brandenburg, wie sicher auch in den anderen ostdeutschen Ländern, zu wenig finanzielle Mittel, um die Bestandspflege von Unternehmen sicher zu stellen. Bestandspflege ist in erster Linie – aus meiner Sicht – Managementbegleitung, betriebswirtschaftliche Begleitung von Unternehmen, und hier kommen wir in ein haushaltsrechtliches Problem. All diese schönen Programme, über die wir gesprochen haben und die notwendig sind, wie Messeförderung, Beratungsförderung, Absatzförderung, Markterschließungsförde-

rung fallen haushaltstechnisch, wenn ich das richtig sehe, unter konsumtive Ausgaben. Und die müssen ja immer gekürzt werden, die sind ja per Definition offensichtlich ein Werk des Teufels, und die Investitionen sind immer etwas Gutes. Nur wage ich die Behauptung, daß ein Großteil der Mittel, die wir für „Investitionen“ ausgeben, nichts weiter sind als Mittel für Sanierungen oder für Konsolidierung. Wenn wir rechtzeitig genügend Mittel für die betriebswirtschaftliche Begleitung der Unternehmen einsetzen könnten, hätten wir wahrscheinlich sogar noch einen haushaltstechnischen Gewinn.

Ich unterstreiche auch die Bemerkung von Dr. Wagner zum Thema Beihilfenkontrolle der EU. Was nützt es, wenn man all diese Verfahren auf sich nimmt und das Unternehmen geht dabei in der Zwischenzeit kaputt, also unternimmt man etwas. Die Folge ist, daß möglicherweise die Prüfberichte kommentarlos an die Staatsanwaltschaft abgegeben werden. Damit kann man Mitarbeiter auch im eigenen Hause nicht sonderlich motivieren. Ich gebe ganz offen zu, daß ich mir nicht habe träumen lassen, daß die Bäume, aus denen eines Tages einmal die Marterpfähle von Rechnungshöfen und der EU-Kommission geschnitzt werden, so schnell wachsen würden. Aber das ist in der Tat so gewesen. Dies ist, auch wenn man über die Bürokratie schimpfen mag, das ist heute auch schon angeklungen, sicher ein Problem, über das wir auch einmal gemeinsam nachdenken müssen. Es geht ja nicht darum, daß die Verwaltung das Recht bekommen möchte, leichtfertig mit anderer Leute Geld umzugehen, sondern uns geht es in der täglichen Arbeit darum, oft sehr schnell eine Entscheidung treffen zu müssen. Ich will nicht über die Unternehmen richten, die natürlich erst dann zu uns kommen, wenn es eigentlich schon fünf nach zwölf ist. Das ist ein Problem für sich, aber da kommen wir wieder auf das Thema Coaching, Beratung, Begleitung im Vorfeld. Die Unternehmen kommen in der Regel, wenn es zu spät ist, und dann müssen wir schnell handeln. Wir können dann nicht mit sämtlichen Beihilfevorschriften der EU pausenlos hantieren.

Eine letzte Bemerkung noch: Natürlich ist es wichtig, den industriellen Mittelstand zu erhalten, denn er und andere mittelständische Unternehmen schaffen die Arbeitsplätze, schaffen die Ausbildungsplätze. In der Diskussion der letzten Jahre ist mir allerdings zu kurz gekommen, daß offensichtlich viele Menschen in Ostdeutschland genauso wie in Westdeutschland, der Meinung sind, man könne 200 Jahre Industriegeschichte linear in die Zukunft fortschreiben. Das ist nicht der Fall. Wir haben auch in Brandenburg immer versucht, dort industrielle Regionen zu erhalten, wo Menschen vorher in der Industrie tätig waren. Wir setzen alles daran, daß sie auch in der Zukunft in der Industrie tätig sein können, wobei das eine andere sein wird, als sie es in der Vergangenheit war. Wir machen hier neben den konjunkturellen Problemen auch einen sehr starken strukturellen Wandlungsprozeß durch, auf den wir die Menschen auch im Grunde einstimmen müssen, und wir müssen ihnen sagen, daß diese Entwicklung der nächsten Jahrzehnte eine völlig andere sein wird.

Eine allerletzte Bemerkung zur Förderung der Forschung und Entwicklung im Mittelstand: Die für Forschung und Entwicklung ausgegebenen Mittel reichen

aus meiner Sicht auch nicht aus. Wir haben in Deutschland ein etwas konservatives Verständnis von Geldanlage. Da ist die Anlage in Immobilien und Schiffe immer möglicherweise noch interessanter und lukrativer als in den menschlichen Geist und in die menschliche Erfindungsfähigkeit. Auch das Instrument des Risikokapitals ist bei weitem noch nicht so ausgeprägt, wie das in den skandinavischen Ländern oder in den angelsächsischen Ländern der Fall ist. Hier könnte ich mir einige gemeinsame Initiativen vorstellen, und wenn es gelingt, bestimmte Aktien eines bestimmten Unternehmens so gut und so schnell an den Mann oder an die Frau zu bringen, wäre es vielleicht des Schweißes der Edlen wert, dies einmal mit Risikokapital im Bereich Forschung und Entwicklung zu tun. Mit Blick auf die Uhr schließe ich an dieser Stelle ab.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank, Herr Oehler. Ich darf nun Herrn Dr. Lageman vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung um sein Referat bitten.

Dr. Bernhard Lageman: Meine verehrten Damen und Herren, die Mittelstandsförderung hat in den neuen Bundesländern im Zuge des Transformationsprozesses ein Gewicht erhalten, das weit über ihre Bedeutung in den alten Bundesländern hinausgeht. Diese Aussage bezieht sich nicht nur auf den Umfang der ausgereichten Mittel. Vielmehr kommt der Mittelstandsförderung angesichts der bisherigen Ergebnisse des Umstrukturierungsprozesses in den neuen Ländern heute eine strategische Bedeutung für das Gelingen des weiteren Aufbauprozesses zu, die sie im früheren Bundesgebiet und in anderen entwickelten Industrieländern nie besaß.

Im Jahre 1995 wurden in den neuen Ländern durch Bund und Länder rd. 3,9 Mrd. DM für Zwecke der Mittelstandsförderung aufgewendet (ohne Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und ohne Steuervergünstigungen). Damit belief sich der für die KMU-Förderpolitik eingesetzte Betrag fast auf das Doppelte der Fördermittel in den alten Ländern mit knapp 2 Mrd. DM.

Im Zusammenhang mit Einsatzzweck und Umfang der Fördermittel stellt sich, meine Damen und Herren, die Frage nach wirtschaftspolitischer Begründung und Wirkungen der Förderung.

Förderpolitiken werden auf unterschiedlichste Art begründet. Am häufigsten wird darauf verwiesen, daß strukturelle Nachteile kleiner und mittlerer Unternehmen, die aus einem Marktversagen herrührten, zu kompensieren seien. Vor allem bei der Finanzierung stoßen kleine und mittlere Unternehmen auf spezifische Probleme. Ein Marktversagen im Finanzierungsbereich liegt zum Beispiel dann vor, wenn ein Kreditgeschäft, das an sich für den potentiellen Kunden wie die Bank vorteilhaft wäre, aufgrund der unzureichenden Informationen der Bank über den Kunden nicht zustande kommt. Das Marktversagensargument wird indessen bei der Begründung der mittelstandsbezogenen Förderpolitiken zuweilen überstrapaziert.